

Ewald Walterskirchen

Günstige Konjunkturdaten, aber weniger optimistische Produktionserwartungen

Die internationale Konjunktur ist seit dem Sommer — mit Ausnahme Deutschlands — ungünstiger geworden. In Österreich zeigten Produktion und Export bis zum Jahresende kaum Abschwächungstendenzen. Die Auftragslage hat sich jedoch verschlechtert, und im WIFO-Konjunkturtest von Ende Jänner schätzten die österreichischen Industrieunternehmen die Konjunktur neuerlich etwas ungünstiger ein als in der vorhergehenden Umfrage.

Die Rezessionstendenzen in den USA strahlen immer stärker auf Westeuropa aus. Die starke Konjunktur in Deutschland kann das nur teilweise ausgleichen.

In Österreich zeigten sich Abschwächungstendenzen nur in den vorausschauenden Indikatoren. Die österreichischen Industrieunternehmen waren schon Ende Oktober weniger optimistisch als im Sommer. Im jüngsten WIFO-Konjunkturtest von Ende Jänner schätzten sie die Wirtschaftslage neuerlich etwas weniger freundlich ein. Die Produktionserwartungen für die nächsten drei Monate sind ungünstiger geworden, die Kapazitätsauslastung ist etwas gesunken, und der Bestand an Auftragsaufträgen wird überwiegend als zu gering beurteilt.

Freilich bleibt abzuwarten, ob diese ungünstigere Stimmung nicht auch die allgemeine politische Unsicherheit im Zusammenhang mit der Golfkrise widerspiegelt. In diesem Fall könnten die Beendigung des Golfkriegs und ein anhaltendes Nachgeben des Erdölpreises das Klima verbessern. Hin- und hergeschobene Investitionsprojekte würden wieder in das laufende Programm aufgenommen.

Eine Verlangsamung des Wachstums kündigt auch die Auftragslage an — ein konkreter Indikator als die Stimmungsindikatoren. Die Auftragsaufträge erreichten im IV. Quartal real etwa das Vorjahresniveau, die Auftragsbestände lagen bereits darunter.

In den Produktionsdaten vom IV. Quartal 1990 ist dagegen kaum eine Abschwächung zu erkennen. Die Industrie produzierte im IV. Quartal

um 6 1/2% mehr als im Vorjahr, das Niveau des III. Quartals konnte (saisonbereinigt) leicht überschritten werden.

In der Bauwirtschaft herrscht seit dem Frühjahr 1990 Hochkonjunktur. Die Umsätze sind auch im Spätherbst stark gestiegen, und die Bauunternehmen schätzen ihre Aussichten dank hohen Auftragspolstern günstig ein.

Auch der Export hat nicht an Dynamik verloren — obwohl gerade die Exportaufträge nachließen. Im IV. Quartal wurde real um 13% mehr exportiert als im Vorjahr. Der überwiegende Teil der Steigerung ist dem Export nach Deutschland zuzuschreiben.

Über die Wirtschaftsentwicklung nach dem Ausbruch des Kriegs am Persischen Golf gibt es derzeit noch keine Daten. Man kann jedoch davon ausgehen, daß der Krieg die Konjunktur kurzfristig beeinträchtigt hat:

- Der Ausfall von Exporten in den Nahen Osten machte schon im 2. Halbjahr 1990 (Irak-Boykott) rund 1 Mrd. \$ aus, er dämpfte das Exportwachstum um etwa 1/2 Prozentpunkt. Im Jänner hat sich dieser Effekt sicher verstärkt.
- Fluggesellschaften, Reisebüros und Städtetourismus mußten we-

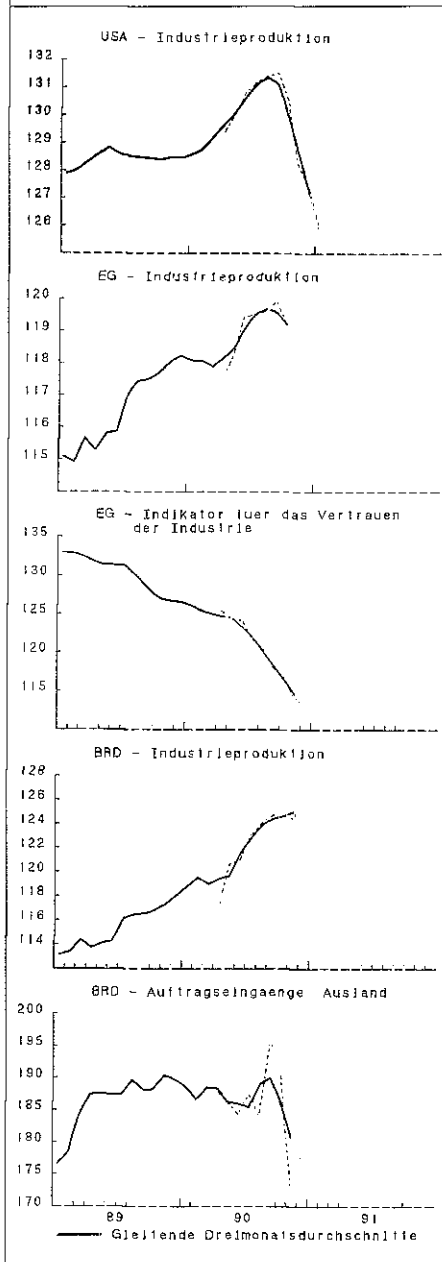
Konjunktur aktuell

	Letzter Monat		Konjunkturbarometer ¹⁾
	Veränderung gegen das Vorjahr in %		
Industrieproduktion Konjunkturreihe	Dezember	+ 6,4	=
Auftragsaufträge (ohne Maschinen) nominell			
Ausland	Dezember	- 7,0	=
Inland	Dezember	+ 1,7	+
Leading Indicator	Dezember	-	-
Unselbständig Beschäftigte	Februar	+ 2,3	=
Arbeitslosenrate saisonbereinigt in %	Februar	5,7	+
Verbraucherpreise	Jänner	+ 3,4	-
Umsätze des Einzelhandels real	November	+ 3,7	=
Dauerhafte Güter	November	+ 3,7	+
Warexport nominell	Dezember	+ 2,9	+
Warenimport nominell	Dezember	+ 15,7	+
	Veränderung gegen das Vorjahr in Mrd. \$		
Handelsbilanz	Dezember	- 3,7	-
Leistungsbilanz	Dezember	+ 2,4	-

¹⁾ Trend gleitender Durchschnitte (saison- und teilweise arbeitstägig bereinigt)

Internationale Konjunktur

Saisonbereinigt, 1980 = 100



gen der Terrordrohungen schwere Einbußen hinnehmen. Diese Tendenz dürfte auch nach Kriegsende noch einige Zeit anhalten. Der österreichische Sommerreiseverkehr könnte davon jedoch profitieren.

Andererseits sind die Preise von Erdöl und Erdölprodukten — entgegen den Erwartungen vieler Ökonomen — von ihrem Höchststand vor dem Golfkrieg wieder etwa auf das Niveau vom Sommer — vor Ausbruch der Krise — gesunken. Die befürchteten negativen Effekte der Erdölverteuerung auf Konjunktur und Preise im Jahr 1991 fallen damit weg. Die Inflationsrate ist im Jänner auf 3,4% zu-

rückgegangen, Energie war kaum teurer als vor einem Jahr.

Dennoch haben sich die Konjunkturaussichten in den letzten Monaten eher getrübt: Die Konjunkturabschwächung war in Westeuropa stärker ausgeprägt, als bisher angenommen wurde. In Österreich deutet, neben den Stimmungsindikatoren, auch die jüngste Verschlechterung auf dem österreichischen Arbeitsmarkt darauf hin, der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat sich im Februar deutlich beschleunigt (+35.700), der Beschäftigungszuwachs ist geringer geworden. Die Beschäftigung von Inländern liegt bereits seit Monaten unter dem Vorjahresniveau, Industriebeschäftigung und offene Stellen sind seit dem Sommer saisonbereinigt rückläufig.

Rezession in den USA

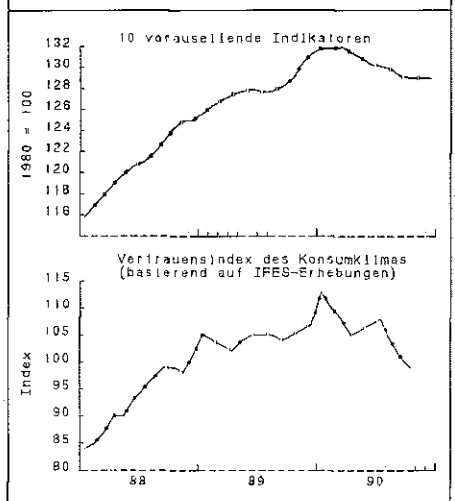
Die internationale Wirtschaft stand in den letzten Monaten unter dem Eindruck der Rezessionstendenzen in den USA, der deutschen Wiedervereinigung und des Golfkriegs. In den USA, in Großbritannien und Skandinavien befindet sich die Wirtschaft seit dem vergangenen Jahr in einer Rezessionsphase. Das Brutto-Inlandsprodukt wird in diesen Ländern heuer real stagnieren oder nur geringfügig wachsen.

Angesichts der anhaltenden Konjunkturschwäche hat die Notenbank der USA die Zinssätze mehrmals deutlich gesenkt. Sie räumte damit der Rezessionsbekämpfung den Vorrang vor der Inflationsbekämpfung ein. Billigere Kredite sollen vor allem die Baukonjunktur und den Kauf dauerhafter Konsumgüter ankurbeln. Viele Ökonomen rechnen deshalb damit, daß sich die Wirtschaft der USA in der zweiten Jahreshälfte erholen wird. Einen wichtigen Beitrag dazu sollte auch der Export leisten, der durch den niedrigen Dollarkurs begünstigt ist.

Der deutliche Anstieg der Aktienkurse an der New Yorker Börse Ende Februar spiegelt die fallenden Zinssätze und die Erwartung wider, daß die Aufträge für den Wiederaufbau von Kuwait überwiegend der Wirtschaft der USA zugute kommen.

Die westeuropäische Wirtschaft hat sich bis zum Sommer 1990 gegenüber den hohen Zinsen als robust

WIFO-Konjunkturbarometer



erwiesen. Seither flaut die Konjunktur jedoch ab. Im Lauf des Jahres 1990 wurden die Investitionspläne in der Industrie der EG stark nach unten revidiert (von real +11% auf +4%). Auch für 1991 sind nur geringe Investitionssteigerungen zu erwarten (real +3%).

Die Exportchancen Westeuropas werden darüber hinaus durch den hi-

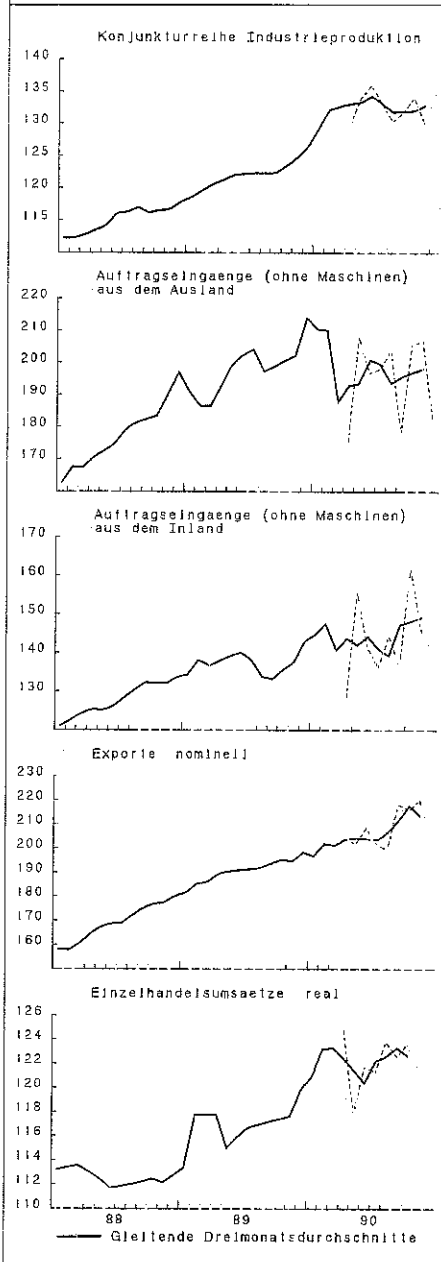
Gespaltene Konjunktur im geeinten Deutschland

storischen Tiefstand des Dollarkurses stark gemindert. Die gute Konjunktur in Deutschland kann den Einfluß der internationalen Konjunkturabschwächung nur mildern.

Die Wiedervereinigung löste in Westdeutschland einen Nachfrageboom aus. Zum Wirtschaftswachstum im Jahr 1990 (+4½%) trugen Käufe von Ostdeutschen 1½ Prozentpunkte bei. Die weitere Aufwärtsentwicklung der Konjunktur könnte jedoch gedämpfter verlaufen: Die größten Nachfragewirkungen der deutschen Wiedervereinigung sind bereits eingetreten, die Steuererhöhungen zu deren Finanzierung stehen noch bevor. Der wichtigste Konjunkturreffekt der deutschen Wiedervereinigung war die massive Nachfrageverlagerung von ostdeutschen zu den attraktiveren westdeutschen Produkten. Sie ließ die Industrieproduktion unmittelbar nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland um 50% sinken und in der BRD um 5% bis 6% steigen.

Die hohen Finanzausschüsse für Ostdeutschland sollen nun in erster Linie helfen, den nach der Wiedervereinigung erreichten Lebensstandard

Produktion und Nachfrage
Saisonbereinigt, 1980 = 100



trotz des Produktionseinbruchs einigermaßen zu halten. Mindestens ein Viertel der Budgetbelastung aus der Wiedervereinigung dient der Finanzierung der Arbeitslosigkeit. Ein Teil der zusätzlichen Budgetlasten wird ab Jahresmitte 1991 durch neue Steuern abgedeckt werden, die 1991 18 Mrd. DM und 1992 28 Mrd. DM erbringen sollen. Das bedeutet für den Jahresdurchschnitt 1991 einen Kaufkraftausfall von 0,75% des BIP und könnte das Wirtschaftswachstum in Westdeutschland um mehr als 1/2 Prozentpunkt dämpfen. Die Inflationsrate dürfte durch die Steuererhöhungen um 3/4 bis 1 Prozentpunkt angehoben

werden; das könnte Anlaß zu einer Verschärfung der Geldpolitik geben

Hohes Exportwachstum im IV. Quartal

Im österreichischen Export konnte dank der hohen Nachfrage aus Deutschland eine Abschwächung vermieden werden. Im IV. Quartal stieg die Ausfuhr nach Deutschland um 19%, in alle anderen Länder um 5%. Rund zwei Drittel der Steigerung gingen nach Deutschland. Auch abgesehen vom „Deutschland-Effekt“ hat sich der österreichische Export relativ günstig entwickelt: Während die Exporte Deutschlands im IV. Quartal nominal um 1 1/2% zurückgingen, nahm die Ausfuhr Österreichs insgesamt (ohne Deutschland) deutlich zu.

Die Lieferungen in die anderen EG-Länder stagnierten, jene in die EFTA-Länder schrumpften um 5%. Darin schlägt sich die Konjunkturabschwächung in der Schweiz und den skandinavischen Ländern nieder.

Die Zuwachsrate der Gesamtausfuhr (+10%) übertraf jene der beiden Vorquartale. Das schwache Exportergebnis im Dezember (+2,9%) sollte — wegen der Lage der Weihnachtsfeiertage — nicht überbewertet werden.

Sehr dynamisch entwickelte sich im IV. Quartal die Ausfuhr von Nahrungsmitteln und Fertigwaren, der Export von Rohstoffen und Halbwerten (insbesondere Stahl und Metallen) war dagegen rückläufig.

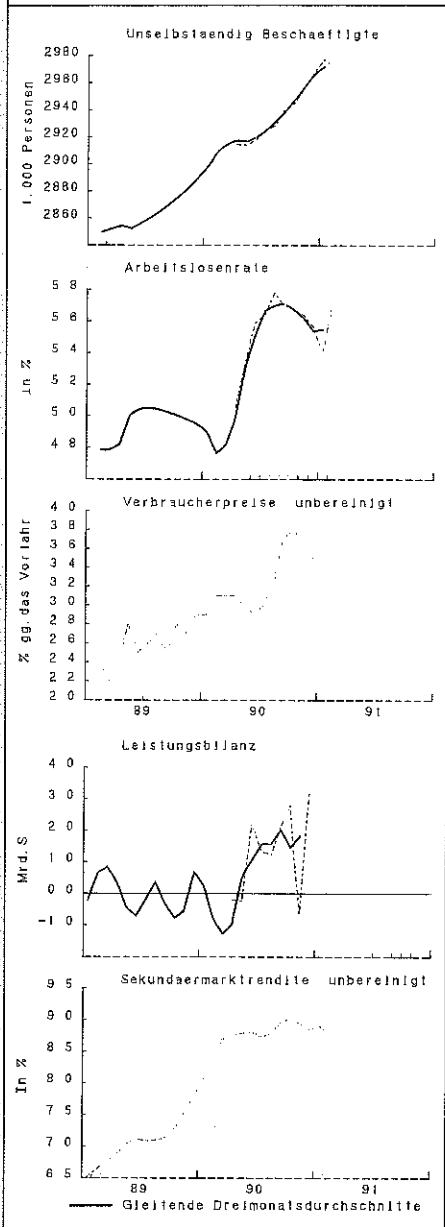
Die gute Exportentwicklung steht im Gegensatz zu den Auftragsstatistiken und Umfrageergebnissen, die schon seit längerer Zeit auf eine Abschwächung der Exporte hindeuten.

Die Importe stiegen im IV. Quartal wegen der Erdölverteuerung (+50%) nominal etwa gleich rasch wie die Exporte, real entwickelte sich der Export jedoch deutlich günstiger als der Import (+13% gegenüber +11%)

Steigende Produktion, aber geringere Auftragspolster

In den Produktionsdaten war bis Jahresende kaum eine Abflachung der Industriekonjunktur zu erkennen. Die Industrie erholte sich im IV. Quartal von der „Wachstumspause“ im Herbst, die Konjunkturreihe überstieg

Wirtschaftspolitische Eckdaten
Saisonbereinigt

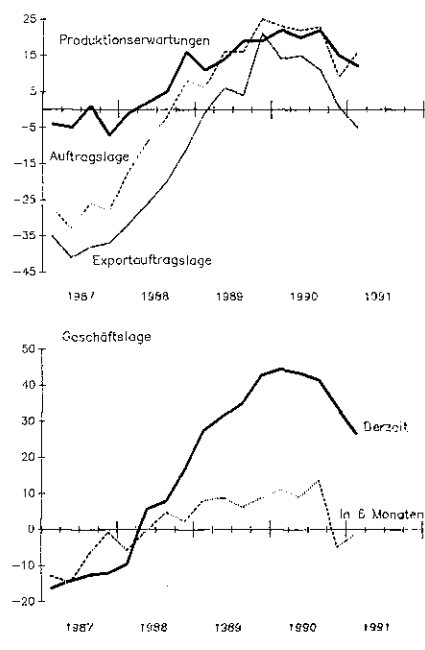


den Wert des III. Quartals um rund 1%.

Der Vorjahresabstand blieb freilich im IV. Quartal mit +6 1/2% spürbar hinter dem Jahresdurchschnitt (+8 1/2%) zurück. Deutlich abgeschwächt hat sich im Jahresverlauf die Produktion von Investitionsgütern: von +26% im II. Quartal auf +5% im IV. Quartal. Ein deutlicher Anstieg der Konsumgüterproduktion glich das weitgehend aus. Die Impulse aus der deutschen Wiedervereinigung kamen vor allem den Zulieferern der deutschen Autoindustrie und den Produzenten von Nahrungsmitteln zugute.

Die Auftragseingänge haben sich

WIFO-Konjunkturtest
Salden, saisonbereinigt



im IV. Quartal von ihrem Tief im Herbst etwas erholt. Sie erreichten real schätzungsweise das Vorjahresniveau. Die Auftragsbestände spiegeln die Konjunkturabschwächung besonders deutlich wider: Im II. Quartal waren sie nominell um 11½%, im IV. Quartal nur noch um ½% höher als im Vorjahr.

Anhaltender Bauboom

Während die Baukonjunktur in der BRD schon seit dem Sommer durch die hohen Hypothekarzinsen beeinträchtigt ist, expandiert die Bauwirtschaft Österreichs unvermindert.

Der Produktionswert des Hoch- und Tiefbaus stieg im Durchschnitt von Oktober und November — ähnlich wie im III. Quartal — nominell um 11%. Besonders lebhaft war die Hochbautätigkeit (+15%); das schlug sich allerdings auch in den Preisen nieder: Der Preisindex für den Hochbau erhöhte sich im IV. Quartal gegenüber dem Vorjahr um 5,5%.

Im WIFO-Konjunkturtest vom Jänner beurteilten die Bauunternehmen die Auftragslage und die Geschäftserwartungen weiterhin günstig.

Trotz der Beeinträchtigung durch den Golfkrieg hat sich der Reiseverkehr im Jänner günstig entwickelt. Die gute Schneelage regte vor allem Inländer zu Schiurlaubs in Öster-

reich an. Die Schigebiete dürften auch auf Kosten der Fernreisen gewonnen haben. Der Ausländerreiseverkehr bietet ein gespaltenes Bild: Der Städtetourismus litt unter dem Golfkrieg, der übrige Wintertourismus

Mehr Nächtigungen von Inländern

erzielte jedoch Zuwächse. In den ersten drei Monaten der Wintersaison (November bis Jänner) nahm die Zahl der Übernachtungen — besonders der Inländer — kräftig zu. Schon vor Ausbruch des Kriegs am Persischen Golf ließ die Nachfrage aus jenen Ländern nach, die sich in einer Rezessionsphase befinden (USA, Großbritannien).

Steigende Einzelhandelsumsätze trotz labilen Konsumklimas

Den dämpfenden Einflüssen der Weltwirtschaft wirkt eine kräftige Konsumnachfrage im Inland entgegen. Der Konsumklimaindex sinkt zwar seit dem vergangenen Sommer deutlich, diese Verschlechterung dürfte aber eher Ausdruck der allgemeinen Verunsicherung infolge des Golfkonflikts sein. Die Umsätze im Einzelhandel zeigen bis Jahresende keine Tendenz zur Abschwächung. Sie blieben im Durchschnitt der Monate Oktober und November real auf dem hohen Niveau des III. Quartals. Im November wurde real um 3,7% mehr verkauft als im Vorjahr. Der Absatz dauerhafter Konsumgüter florierte, nur die Pkw-Verkäufe gingen schleppend. Im IV. Quartal wurden weniger Pkw als im Vorjahr zugelassen (-4%). Auch die Lkw-Neuzulassungen haben sich gegen Jahresende deutlich abgeschwächt, sie lagen im IV. Quartal nur noch geringfügig über dem Vorjahresstand. Im Luftverkehr stiegen die Passagierzahlen schon im IV. Quartal — vor Beginn des Golfkriegs — relativ schwach, im Jänner blieben sie deutlich unter dem Vorjahresniveau.

Die Produktion von Investitionsgütern hat sich gegen Jahresende abgeschwächt, ihr Import blieb unvermindert kräftig. Zu Jahresbeginn dürften die Unsicherheiten angesichts des Golfkriegs zu einem Aufschub von Investitionen geführt haben. Statistische Daten, welche diese These

bestätigen könnten, liegen allerdings noch nicht vor.

Energieverbilligung und Dollarkurs dämpfen den Preisauftrieb

Im Gefolge der Golfkrise erreichte der Preisauftrieb in Österreich einen Höhepunkt: Die Inflationsrate stieg bis zum Oktober auf 3,8%, die Erdölvertteuerung trug dazu etwa ½ Prozentpunkt bei. Bis zum Jänner sank die Teuerungsrate wieder auf 3,4%

Die Energieverbilligung und der niedrige Dollarkurs haben den Preisauftrieb zu Jahresbeginn gedämpft. Die Inflationsrate sank im Jänner auf 3,4%

Während Energie im Oktober um rund 10% teurer war als im Vorjahr, entsprach ihr Preis im Jänner annähernd dem Vorjahresniveau. Außerdem verbilligte der niedrige Dollarkurs im Jänner die Industrierohstoffe (-6%), Nahrungsmittel waren laut HWWA-Index sogar um 17% billiger als im Jänner des Vorjahres.

Die Teuerungsrate für die wichtige Gruppe der industriell-gewerblichen Waren betrug im Jänner 3,2%. Diese „Basisinflation“ weist nur einen sehr flachen Aufwärtstrend auf (II. Quartal 1990 3,0)

Negative Lohndrift

Die Löhne — sie folgen der Konjunktur gewöhnlich mit Verzögerung — zeigen jetzt deutliche Auftriebstendenzen. Als die neuen Kollektivverträge in Kraft traten, erhöhte sich der Tariflohnindex sprunghaft: von +6,1% im Dezember auf +7,2% im Jänner. Das ist die höchste Tariflohnsteigerung seit 1982.

Die Steigerung der Effektivlöhne der Industriearbeiter kam nicht ganz an jene der Mindestlöhne heran. Je Stunde blieb sie im Durchschnitt von Juli bis November mit +6,3% um 0,8 Prozentpunkte hinter jener der Tariflöhne zurück.

Die Aufnahme wenig qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte hat insbesondere in der Bauwirtschaft die Lohnzuwächse gedrückt. Im Durchschnitt der Monate Oktober und November überstiegen die Effektivver-

dienste der Bauarbeiter das Vorjahresniveau um 4,8% (Tariflöhne: +8,1%)

Hoher Angebotszuwachs stellt den Arbeitsmarkt vor Probleme

Die Ausländerpolitik wurde im vergangenen Jahr zu einem zentralen wirtschafts- und sozialpolitischen Anliegen. Die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte übertraf den Vorjahresstand im IV. Quartal um fast die Hälfte (+44%). Der Zuwachs hat sich allerdings in den Wintermonaten nicht mehr beschleunigt. Im Jänner waren 8,7% der unselbständig Beschäftigten Ausländer.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt wurde im Februar ungünstiger. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat sich beschleunigt, der Zuwachs an Beschäftigten ist kleiner geworden.

Mit dem starken Ausländerzuwachs hat sich die Beschäftigung von Inländern verringert. In den Wintermonaten (November bis Jänner) wurden einige tausend Inländer weniger beschäftigt als im Vorjahr.

Im Februar verschlechterte sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt; dies dürfte auch mit der Beeinträchtigung des Tourismus durch den Golfkrieg zusammenhängen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit hat sich deutlich beschleunigt. Die Zahl der Arbeitslosen übertraf den Vorjahresstand um 35.700 (nach +24.200 im Jänner). In dem Maß, als sich der Zuwachs der Arbeitslosigkeit vergrößerte, wurde

die Beschäftigungssteigerung schwächer (Februar +65.700).

Die sich öffnende Schere zwischen Angebots- und Nachfrageentwicklung zeigt sich auch in der Zahl der offenen Stellen: Sie hat seit dem Sommer deutlich sinkende Tendenz. Ihren Konjunkturrückgang hat auch die Industriebeschäftigung überschritten. Seit Juli geht sie saisonbereinigt zurück. Ihr Vorjahresabstand ist von +11.000 (Juli) auf +4.500 im November geschrumpft.

Überschuß in der Leistungsbilanz

Die Leistungsbilanz wies 1990 — nach vorläufiger Berechnung — einen Überschuß von 9,4 Mrd. S aus. Das ist der höchste Aktivsaldo seit 1982. Die Reiseverkehrsbilanz fiel um 6,3 Mrd. S günstiger aus als im Vorjahr, die Handelsbilanz um 2,4 Mrd. S. Besonders verbessert hat sich — dank den Impulsen aus der deutschen Wiedervereinigung — Österreichs Handelsbilanz mit der BRD¹⁾.

Im IV. Quartal wurde die Leistungsbilanz besonders durch den günstigen Wintertourismus positiv beeinflusst. Die Reiseverkehrsbilanz verbesserte sich um mehr als 4 Mrd. S. Zudem stiegen die Exporte nach Deutschland etwa doppelt so rasch wie die Importe aus Deutschland.

Der positive Zinsabstand zwischen der BRD und den USA hat gegen Jahresende wesentlich zum Verfall des Dollarkurses beigetragen. Der Mittelkurs des Dollars erreichte im Februar den tiefsten Stand der Monatswerte (10,41 S). Im Lauf des Fe-

bruar ist er — wohl im Zusammenhang mit dem Golfkrieg — deutlich gestiegen.

Während die Notenbank der USA mit einer expansiven Geldpolitik den Rezessionstendenzen entgegenwirkt, sucht die Deutsche Bundesbank wei-

Kreditausweitung trotz hoher Zinssätze

terhin die expansiven (und damit potentiell inflationären) Wirkungen der deutschen Wiedervereinigung zu dämpfen. Anfang Februar hob die Deutsche Bundesbank den Diskontsatz um ½ Prozentpunkt auf 6,5% an. Die Oesterreichische Nationalbank machte diesen Schritt (auf 7%) mit, setzte aber gleichzeitig Maßnahmen um ein Durchschlagen der Erhöhung auf die Kreditzinsen zu verhindern.

Die Sekundärmarktrendite betrug im Februar 8,8%, sie hat sich seit dem Sommer 1990 — trotz steigender Taggeldsätze — kaum verändert und liegt weiterhin um 0,2 Prozentpunkte unter dem Niveau in der BRD. Die Prime Rate folgt dagegen einem kontinuierlichen Aufwärtstrend: Sie stieg von rund 10% im Jänner 1990 auf 11,5% im Februar 1991.

Trotz dieser relativ hohen Zinssätze ist die Verschuldungsbereitschaft der Haushalte und Unternehmen nicht gesunken: Die Direktkredite an Unternehmen übertrafen den Vorjahresstand Ende 1990 um knapp 11%, die Privatkredite sogar um 13%. Für ein Hochkonjunkturjahr ist diese Ausweitung der Unternehmenskredite allerdings relativ gering.

Abgeschlossen am 6. März 1991

¹⁾ Walterskirchen, E. „Leistungsbilanz und Wettbewerbsfähigkeit“ WIFO-Monatsberichte 1991, 64(3)

Saisonber einigte Konjunkturindikatoren für Österreich und für das Ausland

	1988	1989	1990	II Qu	1990 III Qu	IV Qu	Oktober	1990 November	Dezember	1991 Jänner
Österreich										
1986 = 100										
<i>Index der 10 vorseilenden Indikatoren</i>	110.1	116.7	118.8	119.3	118.2	117.6	117.5	117.6	117.5	
<i>Industrie</i>										
Produktion	105.4	112.0	121.5	122.2	120.8	121.8	122.9	119.2	123.3	
Vorleistungen	111.0	118.1	126.0	125.6	123.7	127.9	128.4	125.6	129.8	
Ausrüstungsinvestitionen	97.6	103.4	120.7	129.6	121.5	112.7	115.1	114.0	109.1	
Konsumgüter	98.6	104.7	112.0	108.5	112.9	116.5	115.1	112.6	121.7	
Manufacturing (Industrie ohne Bergbau und Energieversorgung)	105.2	112.1		122.3						
Auftragseingänge (ohne Maschinenindustrie)	113.2	123.4	127.3	124.2	122.9	128.4	135.9	130.4	118.9	
Inland	109.8	118.1	124.4	122.1	119.7	128.6	139.1	125.8	120.8	
Ausland	116.0	127.9	129.5	126.0	126.0	129.2	134.0	134.7	118.8	
<i>Groß- und Einzelhandel</i>										
Einzelhandelsumsätze real	105.5	109.5		113.8	114.8		115.9	113.9		
Langlebige Konsumgüter	110.6	118.4		121.4	123.8		135.0	127.9		
Großhandelsumsätze real	111.2	120.2		123.2	121.4		127.1	121.5		
<i>Arbeitsmarkt</i>										
Unselbständig Beschäftigte	101.1	103.0	105.3	104.9	105.5	106.4	105.9	106.3	106.8	107.1
Industrie	95.3	96.0		97.5	97.8		97.6	97.5		
Arbeitslosenquote in %	5.3	5.0	5.4	5.3	5.7	5.6	5.7	5.6	5.6	5.4
Arbeitslose	104.4	98.2	109.1	108.0	116.7	116.0	116.6	116.2	115.0	112.7
Offene Stellen	126.3	184.7	225.3	233.2	230.6	211.9	215.5	212.6	207.7	210.1
<i>Außenhandel</i>										
Export real	111.6	124.0	139.5	134.5	141.4	150.2	146.8	156.9	146.9	
Import real	113.1	126.1	138.3	130.8	142.0	144.2	136.3	142.8	153.5	
Export nominell	111.1	125.3	135.9	134.7	135.7	140.4	142.1	144.9	134.2	
Import nominell	109.9	126.4	136.3	128.9	137.3	143.7	136.5	141.6	153.1	
<i>Geld und Kredit</i>										
Geldmenge M1	119.7	126.7	131.8	131.5	131.2	133.6	132.6	133.5	134.8	135.9
Erweiterte Geldbasis	108.9	114.9	121.7	121.8	123.2	123.7	125.6	125.0	120.4	118.6
Inländische Direktkredite	118.2	127.8	139.8	138.1	141.3	144.6	143.5	144.7	145.6	146.6
<i>Zahlungsbilanz</i>										
Saldo in Mrd. S										
Handelsbilanz	- 70.6	- 85.9	- 83.6	- 14.4	- 22.6	- 20.4	- 5.8	- 6.2	- 8.5	
Dienstleistungsbilanz	43.7	57.2	63.9	13.9	18.8	19.9	7.1	6.3	6.5	
Leistungsbilanz	- 6.4	0.2	9.4	1.7	4.7	5.5	2.8	- 0.6	3.3	
Westliche Industriestaaten										
1986 = 100										
<i>Leading Indicators</i>										
OECD insgesamt	107.9	109.9	109.2	109.9	109.3	107.4	107.9	107.4	106.8	
USA	106.6	107.7	106.8	108.4	106.9	103.9	104.6	103.9	103.2	
Japan	117.0	121.5		121.6	122.1		121.0	120.2		
OECD-Europa	105.6	107.3	106.3	106.7	106.3	105.1	105.5	105.2	104.7	
BRD	104.0	107.4	109.3	108.7	110.3	110.1	110.2	110.1	110.0	
<i>Industrieproduktion</i>										
OECD insgesamt	109.4	113.3		115.4	116.6		116.6	115.2		
USA	110.6	113.4	114.5	114.9	116.0	113.6	115.2	113.1	112.4	111.1
Japan	113.0	119.8	125.6	124.2	127.4	129.2	130.2	128.9	128.3	
OECD-Europa	106.7	110.6		112.6	113.4		113.2	112.4		
BRD	104.2	109.5	115.8	113.5	117.6	118.6	118.2	118.1	119.6	
Frankreich	108.1	110.0		111.6	113.2		112.2	110.0		
Großbritannien	107.2	107.5		109.7	108.0		105.7	104.3		
Italien	110.1	113.6		112.7						
<i>Arbeitslosenquote</i>										
in %										
USA	5.5	5.3	5.5	5.3	5.6	5.9	5.7	5.9	6.1	6.2
Japan	2.5	2.3	2.1	2.1	2.1	2.1	2.2	2.1	2.1	
BRD	7.8	7.1	6.4	6.6	6.4	6.0	6.2	6.0	5.9	5.7
Frankreich	10.0	9.4		8.9	8.9		8.9	9.0		
Großbritannien	8.1	6.3	5.8	5.7	5.8	6.2	6.0	6.2	6.5	6.6
Italien	12.0	12.0	10.9	10.7	11.0	10.8				
<i>Verbraucherpreisindex</i>										
Veränderung gegen das Vorjahr in %										
OECD insgesamt	+ 4.8	+ 5.8	+ 6.5	+ 6.0	+ 6.5	+ 7.3	+ 7.3	+ 7.4	+ 7.2	
USA	+ 4.1	+ 4.8	+ 5.4	+ 4.6	+ 5.6	+ 6.2	+ 6.3	+ 6.3	+ 6.1	+ 7.5
Japan	+ 0.5	+ 2.2	+ 3.1	+ 2.5	+ 2.7	+ 3.9	+ 3.5	+ 4.2	+ 3.9	+ 4.5
OECD-Europa	+ 7.2	+ 8.3	+ 9.2	+ 8.9	+ 9.2	+ 10.1	+ 10.2	+ 10.1	+ 9.9	
EG 12	+ 3.6	+ 5.3	+ 5.7	+ 5.5	+ 5.9	+ 6.1	+ 6.4	+ 6.0	+ 5.8	
BRD	+ 1.3	+ 2.8	+ 2.7	+ 2.3	+ 2.7	+ 3.0	+ 3.3	+ 3.0	+ 2.8	+ 2.8
Frankreich	+ 2.7	+ 3.5	+ 3.4	+ 3.1	+ 3.4	+ 3.6	+ 3.8	+ 3.6	+ 3.3	+ 3.5
Großbritannien	+ 4.9	+ 7.8	+ 9.5	+ 9.6	+ 10.4	+ 10.0	+ 11.0	+ 9.7	+ 9.4	+ 9.0
Italien	+ 5.1	+ 6.3	+ 6.4	+ 6.1	+ 6.5	+ 6.6	+ 6.8	+ 6.8	+ 6.4	+ 6.5
Schweden	+ 5.8	+ 6.5	+ 10.5	+ 10.1	+ 11.0	+ 11.3	+ 11.0	+ 11.4	+ 11.3	
Schweiz	+ 1.9	+ 3.2	+ 5.4	+ 4.9	+ 5.8	+ 5.9	+ 6.4	+ 6.0	+ 5.4	+ 5.5